

**Friedenshoffnungen in Wien.**

**Wien.** (Priv.-Tel.) Ein hervorragender Staatsmann, der über die äußere politische Lage genau unterrichtet ist, äußerte sich einem Redakteur der „N. Fr. Pr.“ gegenüber folgendermaßen: Es geht weiter zum Frieden, langsam, so langsam, aber es geht vorwärts. Alle Faktoren bemühen sich um den Frieden, und hoffentlich in der Endzeit richtig, daß auch Serbien nach den Friedensmonaten einen christlichen Frieden mit Oesterreich-Ungarn haben wird.

**Streitigkeiten unter den Balkanverbündeten.**

**Rom.** (Priv.-Tel.) In Saloniki rissen die bulgarischen Soldaten griechische Manifeste, die den Zernögel des Königreichs Griechenland trugen, von den Mauern. In Koprivica, wo zurzeit Serben liegen, wird die dortige bulgarische Bevölkerung von den Serben drangsalirt. Trotz des Protestes der bulgarischen Regierung ließen die serbischen Behörden mehr als 1000 Bulgaren verhaften und als Rebellen nach Serbien schaffen. In Koriva (Monastir), das von den Griechen besetzt ist, wurden sämtliche Albaner verhaftet, die vom albanischen Freiheitskämpfer sprachen.

**Türkischer Optimismus in Stutari.**

**Vanjanne.** (Priv.-Tel.) Ein hieriges Blatt veröffentlicht einen Brief des Kommandanten von Stutari, der an einen Verwandten in Konstantinopel geschrieben hat. Der Brief ist auf Schleichwegen durch die montenegrinischen Linien nach Konstantinopel gelangt und lautet: Stutari, 8. Februar. Meine Gesundheit ist ausgezeichnet. Ich besand mich niemals so wohl als jetzt. Ich beunruhige mich viel mehr für euch. Wir denken mehr an die Kämpfe, die bei Fichtalidha Gurer noch harren, als an die untrigen. In den Kämpfen der letzten Wochen haben wir den Montenegrinern schwere Verluste zugefügt. Wir schlagen uns beinahe jeden Tag mit Erfolge für unsere Sache. Ich erkläre Euch, daß es für uns geradezu ein Sport ist, uns mit diesen Söhnen der Schwarzen Berge herumzuschlagen. Ich hätte sie niemals für solche Maulhelden gehalten.

**Drahtmeldungen**

vom 6. März.

**Zum Besuch des Prinz-Regenten-Vaars in Berlin.**

**Berlin.** Anlaßlich der Anwesenheit des Prinz-Regenten Ludwig von Bayern und seiner Gemahlin fand am 6. Uhr abends Familienfest im kleinen Speiseraum des königlichen Schlosses und für die Gefolge Marischallstafel im Elisabethsaal statt.

**Berlin.** Der Reichsankläger Dr. v. Veitmann-Dollweg empfing heute nachmittags den bairischen Ministerpräsidenten Freiherrn v. Hertling.

**Zum Untergang des Torpedobootes „S 178“.**

**Bern.** Der Bundesrat hat den schweizerischen Gesandten in Berlin beauftragt, der deutschen Regierung das Beileid des Bundesrates und des schweizerischen Volkes auszuspochen aus Anlaß des schweren Schicksals, von dem die deutsche Marine durch die Schiffskatastrophe bei Helgoland betroffen wurde.

**Wien.** Bei Beginn der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses gedachte der Präsident Salverger der Katastrophe, welche die deutsche Kriegsmarine betroffen hat und bei der 70 Seeleute in neuer Pflichterfüllung ihren frühen Tod gefunden haben. „Wir nehmen“, jagte der Präsident, „unseren Anteil an dem Verluste und dem Schmerz des uns verbündeten Staates. Ich erbitte die Ermächtigung, den Ministerpräsidenten zu ersuchen, er möge das Beileid der Abgeordneten der deutschen Reichsregierung aussprechen.“ Das Haus, das diese Kundgebung lebend angehört hatte, stimmte dem Antrage zu. Darauf lehnte das Haus den sozialdemokratischen Vorschlag ab, über die Anträge der Entlassung der Reichswien sofort zu verhandeln.

**Deutscher Reichstag.**

(Fortsetzung aus dem Abendblatt.)

**Berlin.** (Priv.-Tel.) Die

**Beratung des Kolonialstaats.**

wird fortgesetzt. **Abg. Erbacher** (Zentr.): Herr Denke will unsere Kolonien an den Minderheiten verkaufen. Das muß gerade seine Peinlichkeit Bremen interessieren, die doch von den Kolonien großen Vorteil hat. Die Ertragsverhältnisse der letzten zehn Jahre lassen erhoffen, daß wir in Zukunft beträchtliche Mengen von Rohstoffen aus den Kolonien beziehen und einen rekrutierten Absatzmarkt an den Kolonien haben werden. Darum haben gerade die Arbeiter ein Interesse an den Kolonien. Das System Reichensberg findet immer mehr Anklang. Auch der neue Gouverneur Schner, den man zur Bekämpfung dieses Systems entsandt hat, bewegt sich in seinen Gutachten ganz in dem Rahmen Reichensbergs. Die Hauptfrage muß die Pflege und Erziehung der eingeborenen Bevölkerung sein. Der Eingeborene darf nicht länger als der Feind des deutschen Volkes betrachtet werden. Wir müssen uns als Vormund und Erzieher der Eingeborenen fühlen und müssen uns hüten, an die Stelle der alten Sklaverei die moderne Sklaverei, den Arbeitszwang der Eingeborenen gegenüber der Weißen, zu setzen. Die Frage der Arbeiterbeschaffung muß nun geregelt werden. Die Frauen der angeworbenen Männer müssen mitgehen. Verwaltung und Schutztruppen müssen getrennt werden. Die Missionen müssen mehr unterstützt werden. Jetzt benötigt man geradezu den Rohmaterialismus. Wir verlangen kein Geld für die Missionen, aber Zollfreiheit für alle Artikel, die sie brauchen. Die Kolonien müssen durch Eisenbahnen mehr erschlossen werden. Dadurch darf aber die verheerende Alkoholerei nicht weiter verbreitet werden. Neulandern ist kein Paradies, aber es ist eben so gut wie Altlandern. — **Abg. Dr. Semler** (nat.): Gerade die Arbeiter haben von den Kolonien die größten Vorteile. Durch die Anpflanzung von Kakaos und Kautschuk in unseren Kolonien werden wir nach und nach von Ausländern unabhängig werden. Das Kolonialland muß mit den landwirtschaftlichen und industriellen Kreisen der Heimat in einem Zusammenhang stehen. Jeder verfuhrereiche Mann hat seinen Platz. Wir vertrauen aber dem Staatssekretär, der schon auf seiner Reise mit dem praktischen Leben in Berührung gekommen hat. Wir fordern mehr Geld für Schulzwecke und für die Arbeiter. Wo bleibt das Kolonialdenkmal? Mit unseren Kolonien geht es gut vorwärts. Jede unnütze Veranschönerung muß vermieden werden. Die Mittelbahn nach Kamerun sollte an die belgische Staatsbahn angeschlossen werden. — **Staatssekretär Dr. Zolli:** Wenn ich in der Weichteil-Aktion ein Denkmal verdient haben, so sind es die neuen Opfer, die fern von der Heimat auf afrikanischem Lande im Leben verloren haben. Am ganzen sind jetzt 61000 M. für das Denkmal vorhanden. Kolonialdenkmal sind 320000 M. Gewerkschaft verhandeln wir mit der Stadt Berlin wegen der Platzfrage. — **Abg. von Hühndorf** (kons.): Wir freuen uns, daß ein Denkmal für unsere afrikanischen Soldaten aufstehen können soll. Die Entschlossenheit unseres Schutzgebietes steht und fällt mit dem Ausbau unserer Eisenbahnen. Wir haben hier alle Sünden anzumachen. Die Art der Kritik, die der Abg. Dr. Semler an der Kolonialpolitik geübt hat, entspricht nicht der Würde, die mir der Verwaltung schuldet sind. Wir protestieren ganz entschieden dagegen. Jeder besitzt in den Kolonien Arbeitermangel. Die Eingebore-

nenkulturen sind nach Möglichkeit zu fördern. Unsere Schutztruppen verdienen alle Anerkennung. Das Reichsamt des Innern sollte die Berechnungen der Kolonialverwaltung nachhaltig unterstützen. — **Abg. Waldheim** (Volksp.): Die Kolonien müssen immer mehr zum Zielungsland werden. Die Schutztruppe soll lediglich ein Instrument der Verwaltung sein. Für militärische Expeditionen sind Berkefahwege und Eisenbahnen die Hauptsache in unseren Kolonien. Wenn die sozialdemokratische Partei wirklich ein Kulturfaktor sein will, so wäre es ihre oberste Pflicht, eine verständige Kolonialpolitik zu treiben. Anlässe dazu sind ja bei ihr schon vorhanden. Erzieherische Arbeit bei den Schwarzen ist die Hauptsache. Jede Bourgeoisie, die alles schon gehört, ehe sie im Reichstag waren! Wenn Sie nur Neues sagen wollten, Herr Redebour, dann würde man überhaupt keine Rede mehr von Ihnen hören. (Beifall.) Die Selbstverwaltung leistet noch nicht das Gewünschte. Die Eingeborenenpolitik Reichensbergs war im großen und ganzen eine verständige Politik. — **Abg. v. Rieber** (Reichsp.): Eisenbahnen sind der wichtigste Kulturfaktor. Wir müssen für die englische Kanadabahn eine Konkurrenzbahn schaffen. Unsere Kolonien sollen nicht bloß afrikanische Eingeborenenkolonien sein, sie müssen deutsche Gebiete sein. Eine von Bernburg angelegte Expedition hat festgestellt, daß in Deutsch-Ostafrika 6 Millionen Acker für deutsche Kulturland geeignet sind. (Beifall.) Das Verdienst der Schutztruppe darf nicht geschmälert werden. Immer war sie von einem glänzenden militärischen Geiste besetzt. Der Redner fordert schließlich deutsche Mannschaften für Deutsch-Ostafrika.

**Staatssekretär Dr. Zolli:**

Ich wiederhole auch in diesem Jahre den Wunsch, man möchte die Kolonialpolitik außerhalb der heimischen Politik lassen. Das ist mein ceterum censeo, so lange ich hier vor Ihnen sitze. Manche Gesichtspunkte würden von Ihnen anders vorgetragen werden, wenn Sie sie nicht vom Parteihandpunkt aus betrachteten. Herr Denke hat mir allerdings das Programm anheftet, daß ich nicht mehr lange Staatssekretär sein würde, und hat sich alle Mühe gegeben, mir meine Tätigkeit zu verhaseln. Ich lasse mir aber meine Begeisterung für die koloniale Sache nicht so leicht rauben. (Beifall.) Sollte man Herrn Denke folgen, so müßten die Vereinigten Staaten den Indianern wiedergegeben werden. Er geht entschieden zu weit, wenn er sagt, daß zwischen den farbigen Arbeitern und den Sozialdemokraten eine gewisse Interessensolidarität bestehe und daß deutsche und schwarze Arbeiter Brüder seien. Mit der Ansicht, daß alle Menschen gleich sind, kann man beim besten Willen in unseren Kolonien nichts machen. Nun die Eingeborenenfrage. Die Eingeborenen sind unsere Schutzgenossen, und wir haben die Pflicht, die Eingeborenen nicht auszunutzen, sondern zu erhalten. Diese Anstandsfrage haben wir mit der Öffnung der deutschen Klage übernommen. Das müssen wir auch aus Rücksicht tun; denn so allein ist eine vernünftige Wirtschaftspolitik möglich. Die Regierung muß sich in den Eingeborenen stellen, wie der Vormund zum Mündel. Wir müssen die Eingeborenen schützen. Diese Völker stehen zum Teil tief unter uns. Nicht nur als Schutzherr, sondern auch vom Standpunkt der christlichen Weltanschauung aus müssen wir ihnen bessere Lebensbedingungen zu verschaffen suchen. Die Erziehung zur Kultur ist eine der wichtigsten Aufgaben eines jungen Staates. Die Eingeborenen müssen unterrichtet werden und müssen arbeiten lernen. Sie sind große Kinder und bedürfen der Leitung. Das ist die Kardinalpflicht in den Kolonien. Dieses Problem muß in jedem Schutzgebiet für sich gelöst werden. Von hier aus geht es nicht. Für die Pflanzler und Kaufleute gibt es nur eine Politik, das ist die Erhaltung der Eingeborenen, die Steigerung ihrer Lebensbedürfnisse und der Kaufkraft. Die Politik des Schwarzengelds und der Ausbeutung ist unzulässig. Behandelt die Eingeborenen gerecht; darin liegt auch die Stärke. Fördert sie aber allmählich, dann wird auch die wirtschaftliche Entwicklung vorwärts schreiten mit den Eingeborenen für sie und nicht gegen sie. Ich bin ein Freund der Eingeborenenkultur; deswegen kann ich aber die Plantagenkultur nicht einfach eingehen lassen. Ich gebe in der Humanität so weit, wie ein praktischer Politiker überhaupt gehen kann. Die Sozialdemokraten beurteilen aber alles mehr theoretisch und politisch. Ihre Parteigenossen auf der anderen Seite der Welt machen es freilich anders. Sehen Sie nach Australien und Englisch-Afrika. Fragen Sie einen Arbeiter, ob er mit einem Zulu zusammenarbeiten will. Herr Erbacher hat in der Kommission die Schutztruppe sehr schlecht gemacht. Heute war er etwas besser. (Beifall.) Die Schutztruppe in Kamerun und Südwach hat in schweren Zeiten ihre Pflicht getan, aber auch in Friedenszeiten. Davon habe ich mich überzeugt auf meiner letzten Reise in Südwach. Sie hat dort geradezu als Kulturtruppe vorgebeutet. Wege geschaffen usw. Die Frage des Dualismus ist für die Kolonien sehr klar. Die oberste militärische Gewalt liegt in der Hand eines Gouverneurs. (Erbacher: Oh, ahnungsloser Staatssekretär!) Militärisch unangehörlich wäre es, wenn wirklich der Kommandeur der Schutztruppe mit seinen Interoffizieren über Meinungsverschiedenheiten geiprochen hätte, die der Gouverneur mit seinen Vorgesetzten gehabt hat. Die Verträge des Kommandeurs gehen durch die Hände des Gouverneurs und ebenso umgekehrt. Die Verhältnisse sind also geregelt. Das ist bei einer Höhe von 20 bis 30 Grad Celsius einmal die Gemüter erhitzen, wäre schließlich kein Wunder. Man darf nicht glauben, daß jede Expedition nur aus Liebe zum Africa und Südwach gemacht wird. Die Sklaverei wollen wir mit Stumpf und Ziel austrotten. Es sind Anweisungen gegeben, um die sehr schwierige Lage zu bewältigen. Die Regierung ist nicht faul, wenn der Islam vorrückt. Der Islam in Ostafrika ist weniger eine Religion als eine Modekrankheit. Ein Gegenstandswort über den Grundbesitz der Missionen wird dem Reichstag nächstens zugehen. Ich sehe durchaus auf dem Standpunkte der Jagdgesellschaften und lasse daher zum Schutz der Paradiesvögel den Anflug von 20 März erhöhen. Die Verhandlungen wegen eines neuen Arbeitertransports für Samoa werden voraussichtlich bald zum Abschluß kommen. Das Eisenbahnnetz wollen wir weiter ausbauen und dem Hause nächstens eine Vorlesung machen. Die Dampfbahn soll unter allen Umständen friedlich gelöst werden. Die Handelsfreiheit soll in Neulandern möglichst durchgeführt werden. Ich schließe mit einer Bitte: Unterrichten Sie uns nicht nur durch Gesandten, sondern auch moralisch, indem Sie uns Vertrauen schenken. Geben Sie mir und meinen Mitarbeitern Vertrauen. Ich werde es an die Kolonien weitergeben. (Beifall.)

Schluss 7 Uhr. — Freitag 1 Uhr: Weiterberatung.

**Aus der Jugendgerichtskommission.**

**Berlin.** (Priv.-Tel.) In der heutigen Sitzung der Jugendgerichtskommission gab zu Beginn der Beratung der Richter der Volkspartei eine sehr pessimistische Erklärung ab. Er richtete scharfe Angriffe gegen die Reaktionsvorlage, aber auch gegen die Stimmung und die Weisheit der Kommissionärtheit. Ein Gesetz, das alles der Amoralität in die Hände gebe und den Jugendrichter eigentlich ausschalte, habe gar keinen Wert mehr für die Allgemeinheit. Dieser Auffassung trat der Vertreter der Regierung entgegen; er hält nach dem bisherigen Verlauf der Beratungen den Pessimismus keineswegs für gerechtfertigt. Er erinnert an ganz erhebliche Veränderungen, die an der Vorlage beschlossen sind, so z. B. daß bei der Anklageerhebung nunmehr die Staatsanwaltschaft an die Zustimmung der Vormundschafsbehörde gebunden werde. Das sei doch keine Kleinigkeit, und vor allem sei doch ein Fortschritt und von hervorragender Tragweite die Dinaufführung des

Strafmündigkeitsalters um zwei Jahre. Die sachliche Verhandlung befaß heute den § 5 des Regierungsentwurfs, der das Verbot der Vorurteilsbildung bei der Beurteilung der Jugendlichen regelt, wenn die Begehung der strafbaren Handlung durch den Jugendlichen festgestellt ist. Hierzu liegen mehrere Abänderungsvorschläge vor. Die Sozialdemokraten wollen die Anwendung von Gefängnisarbeiten und Erziehungswahnsinn, wie Kesselfeld, Zuchtanstalten, Verwendung von Interoffizieren als Erzieher und Polizisten bei Unterjünglingen, in Anstalten für unzulässig erklären, während das Zentrum bei der Auswahl des Vorgesetzten Rücksichtnahme auf das religiöse Bedürfnis verlangt. Dieser Konfessionskonflikt des Zentrums fand die Mehrheit der Kommission, während der Antrag der Sozialdemokraten aus formellen Erwägungen abgelehnt wurde und in Form einer Resolution in seinen Gedanken wieder aufgenommen werden soll. Im übrigen bleibt es, unweilentlich durch einen fortschrittlichen Antrag geändert, bei den Bestimmungen der Regierungsvorlage.

**Ein neuer Spionageprozeß.**

**Leipzig.** Ein Spionageprozeß wird am 13. März vor dem 2. und 3. Strafsenat des Reichsgerichts zur Verhandlung kommen. Angeklagt des Diebstahls und des Verrats militärischer Geheimnisse ist der 27 Jahre alte Handlungsgehilfe Hermann Raujols aus Hamburg.

**Eine Organisation der Reichstagsjournalisten.**

**Berlin.** Heute vormittag wurde im Reichstagsgebäude die Gründung einer Organisation der Reichstagsjournalisten beschlossen. Zweck der Organisation soll sein, durch einen ständigen Ausschuss die gemeinschaftlichen Interessen der auf der Tribüne tätig beschäftigten Journalisten dem Vorstand und der Direktion des Reichstages gegenüber zu vertreten und eine Repräsentation zu schaffen. Zur Friedigung der Vorarbeiten wurde ein siebenköpfiger Ausschuss eingesetzt, in den Angehörige der verschiedensten parlamentarischen Bureaus unter Berücksichtigung aller Parteirichtungen gewählt wurden.

**Der Großschiffahrtsweg Berlin-Stettin.**

**Berlin.** (Priv.-Tel.) Wie der Berliner Handelskammer mitgeteilt wird, sind die Bauarbeiten am Großschiffahrtsweg Berlin-Stettin mit Ausnahme der Schöder-Schleuse bei Dohrensaaten so weit vorgeschritten, daß vom 1. April d. J. ab alle ankommenden Schiffe versuchsweise zur Durchfahrt zugelassen werden sollen, um die Einrichtungen und den Betrieb auf dieser Schiffahrtstraße zu erproben.

**Der Prinz-Heinrich-Flug.**

**Berlin.** (Priv.-Tel.) Der Prinz-Heinrich-Flug ist, wie in Baden-Baden in der Sitzung der Südwest-Gruppe des Deutschen Luftfahrerverbandes mitgeteilt wurde, finanziell bereits gesichert. Besonders ansehend wird dieser Flug noch dadurch werden, daß mehrere Zeppelin-Luftschiffe mit den Flugzeugen in Konkurrenz treten werden. Die Südwest-Gruppe des Deutschen Luftfahrerverbandes veranstaltet auch einen Wasserflug-Wettbewerb, dessen Termin für Juli in Aussicht genommen ist.

**Die geplante Heeresvermehrung in Oesterreich-Ungarn.**

**Berlin.** (Priv.-Tel.) Ueber die geplante Heeresvermehrung in Oesterreich-Ungarn wird der „Kreuz-Ztg.“ aus Wien u. a. geschrieben: Man erwartet, daß die Vorkonventionen der beiden Reichshälften nicht schon in absehbarer Zeit Vorlagen unterbreitet werden sollen, die eine Erhöhung des Rekrutenkontingents verlangen. Die Differenz ist noch nicht genau festgestellt und schwankt zwischen 25- und 30000 Mann. Es hat sich das dringende Bedürfnis nach einer neuen Vermehrung der Artillerie, insbesondere der Feldartillerie, ferner einiger anderer technischer Truppen, vielleicht auch nach der Aufstellung neuer Feldjäger-Bataillone, geltend gemacht. Mit dem bisherigen Rekrutenkontingent kann diesen Bedürfnissen nicht mehr entsprochen werden. Man ist also genötigt, eine weitere Erhöhung des allgemeinen Mannschafstandes vorzunehmen, wobei die Frage noch offen bleibt, ob allein die Mannschaften des Heeres oder auch jene der Landwehr verhärtet werden sollen.

**Die Revolution in Mexiko.**

**Newyork.** (Priv.-Tel.) Der Kongreß des Staates Sonora, der sich gegen die Regierung Huertias auflehnt, hat an die anderen Nordstaaten die Aufforderung gerichtet, den Regierungstruppen mit Waffengewalt zu begegnen. Angeblich soll die Gründung einer unabhängigen Republik im Norden geplant sein.

**Berlin.** (Priv.-Tel.) Der Botaniker Geheimrat Professor Dr. Paul Ascherson ist heute früh im Alter von 74 Jahren gestorben.

**Berlin.** (Priv.-Tel.) Das Theater Groß-Berlin, das in der kurzen Zeit seines Bestehens schon wiederholt mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, soll in ein Kineumatographen-Theater umgewandelt werden.

**London.** (Priv.-Tel.) Die Organisationen der Bondener Bäder haben gestern beschlossen, daß ab 15. März ein allgemeiner Streik in den Londoner Bädereien erklärt werden soll, weil die Bädermeister ihre Forderungen von Lohnerhöhungen und Herabminderung der Arbeitszeit unbeachtet gelassen haben.

**Sairo.** (Priv.-Tel.) In einer Meist von Arabern bewohnten Vorstadt brach Feuer aus, das sich bei starkem Wind schnell verbreitete und 250 Häuser einäscherte. 12 Menschen sollen den Tod in den Flammen gefunden haben. Ueber 3000 Eingeborene sind ohne Obdach und Itzen im Freien vor der Stadt.

**Frankfurt a. M.** (Schluß abends.) Reichl 202,50, Diskontozins 4,50, Preussener Bank 138, Staatsbahn 138, Lombarden 21,25, Ruhig.

**Paris.** (6 Uhr nachm.) Rente 80,15, Italiener 93,67, Portugiesen 92,80, Spanien 92,80, Zinsen (nautic. Anleihe) 88,75, Zarentenlose 120, Staatsbahn 120, Lombarden 120, Otkomabank 64,4, Ruhezugsbahn.

**Hamburgrer Warenbörsen.** 6. März. (Mitgeteilt von Eisenberg & Co., Hamburg.) Kaffee. Schluss 6 Uhr abends: März 69 1/2, Mai 61 1/2, Juli 61 1/2, Sept. 61 1/2, ruhig. — Zucker. Schluss 5,30 Uhr abends: März 10,10, Mai 10,20, Juli 10,47 1/2, Sept. 10,17 1/2, ruhig. — Anker. 2,25 März 10 1/2, Mai 10 1/2, Sept. 10 1/2, ruhig.

**Paris.** Produktenmarkt. Weizen per März 27,75, per April-August 27,10, ruhig. Rüböl per März 79, per Sept. 88,50, schwach. Spiritus per März 49, per Sept. 47,50, festig.

**Vertikales und Gächliches.**

— Eine dritte Klasse des Maria-Anna-Ordens. Die Urkunde über die Stiftung des Maria-Anna-Ordens ist dahin erweitert worden, daß zwischen die zweite Ordensklasse und das Maria-Anna-Kreuz eine weitere Abtufung des Ordens eingeschoben werden ist. Letztere bleibt fortan die dritte Klasse des Ordens. Sie besteht in einem in der Form und Größe des Maria-Anna-Kreuzes in blauer Emaille ausgeführten und mit Silber eingesetzten Kreuze mit silbernen Mittelschild.

— Erweiterung des Fernsprecherverkehrs. Der Fernsprecherverkehr von Dresden nach Rastow, und Barotzen ist erweitert worden durch Zulassung des und beschränkten Verkehrs mit Elze, Grewendroiß (Niederrhein), Dier-